

Medienspiegel Woche 2_18



Inhalt

Spiegel, 27.12.2017	
Warum der Fokus auf das digitale Klassenzimmer Unfug ist	1
WEF, 12 Dec 2017	
France is banning mobile phones in schools	2
NZZ Gastkommentar, 29.12.2017	
Anstandslosigkeit: Ein neues Laster in Zeiten der Digitalisierung	2
Tagblatt, 29. Dezember 2017	
Schulentwicklung spaltet Gemüter	3
Basler Zeitung, 08.01.2018	
Frühsprachen-Konzept zeigt seine Schwächen	5
Tagblatt, 17. Dezember 2017, 05:16	
Ärger mit neuen Schulzeugnissen	7
Tagblatt, 31. Dezember 2017	
Im Thurgau werden zu wenig Französischlehrer ausgebildet	8
Tagblatt, 29. Dezember 2017, 12:02	
Thurgauer Schulen dürfen keine Elternbeiträge für Deutschkurse oder Exkursionen verlangen	9
News4teachers, 29. Dezember 2017	
Philosoph Liessmann: Es geht Schulpolitik nicht um Bildung, nur um Effizienz	10
News4teachers, 13. Januar 2018	
Immer mehr Lehrer psychisch überlastet: Zerrieben zwischen Anspruch und Wirklichkeit	11
SRF, 6. Januar 2018	
Orchestrierte Attacke auf Amerikas Schulen	12
brand eins, Ausgabe 09/2017	
Die automatisierte Schule	14

Veranstaltungshinweise

Wie lebendig kann «digitalisierte Schule» sein?

Auf dem Weg zu einer Schule ohne Lehrer? Eltern sprechen mit.

Einladung zum Vortrag von Peter Hensinger M.A. und Diskussion

Peter Hensinger M.A. hat Pädagogik, Germanistik und Linguistik studiert.

Als ausgewiesener Digitalisierungsexperte klärt er über die Wirkungen digitaler Medien auf.

Samstag, 27. Januar 2018, 14.00–17.00 Uhr, Zürich

<http://starkevolksschulesg.ch/veranstaltungen/>

1. Februar 2018

Inklusion - Exklusion

Vortrag von Martin Kronauer / anschließende Diskussion

Kollegialgebäude Universität Basel, Hörsaal 118

Veranstalter: www.denknetz.ch

3. Februar 2018

Time for Change?

Schule zwischen demokratischem Bildungsauftrag und
manipulativer Steuerung

Bergische Universität Wuppertal

bildung-wissen.eu/fachbeitraege/contributions/time-for-change.html

Und vieles Interessantes mehr unter:

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>

Spiegel, 27.12.2017

Lernen

Warum der Fokus auf das digitale Klassenzimmer Unfug ist

Bei der Digitalisierung der Schulen machen Bundesländer Druck, denn Deutschland steht schlecht da. Doch: Lernen bleibt lernen - egal, ob analog oder digital. Die Schüler müssen wieder in den Mittelpunkt.

Ein Gastbeitrag von Klaus Zierer



Klaus Zierer (Jahrgang 1976) war Lehrer und ist seit 2015 Ordinarius für Schulpädagogik an der Universität Augsburg. Er hat mehrere Bücher geschrieben, zuletzt erschien "Lernen 4.0".

Die Digitalisierung ist Teil unseres Lebens und die Aufgabe lautet jetzt: Wie machen wir sie für den Menschen nutzbar? Ein Massenmedium ist dabei zentral: die Schule. In Kultusministerien wird mit Hochdruck über finanzielle Mittel, Ausstattung und Schulclouds beraten.

Das ist auch richtig so. Denn es gehört zu den zentralen Aufgaben der Schulen, gesellschaftliche Veränderungen proaktiv zu gestalten. Im Zusammenhang mit der Digitalisierung muss man aber zwei Perspektiven unterscheiden: die des Unterrichts und die der Bildung.

Die Perspektive des Unterrichts: Was wissen wir über Digitalisierung und ihren Einfluss auf die Lernleistung von Schülerinnen und Schülern? In der aktuellen Diskussion wird schnell deutlich: Vieles entspringt vagen Vorstellungen und vereinzelt Erfahrungen. Klarheit liefert die Forschung - etwa die einflussreiche Hattie-Studie, eine Metastudie zu Unterricht und Lernerfolg. Das aktuelle Hattie-Ranking listet 250 Faktoren auf, die Einfluss darauf haben, wie gut Unterricht gelingt. Darunter sind über 20 Digitalisierungsfaktoren, die jedoch in der Summe nur mäßige Effekte haben.

Drei Beispiele:

- Der Einsatz von **Powerpoint** wirkt sich kaum auf den Lernerfolg aus. Einer der Gründe dafür ist, dass Lernende eher den Folien folgen als dem Redner und dadurch die entscheidenden Informationen nicht mitbekommen.
- Die **Einzelnutzung eines Computers** wird überschätzt. In der Studie "The pen is mightier than the keyboard" konnten die Autoren nachweisen, dass Lernende sich Gehörtes besser merken können, wenn sie es mit Bleistift und Papier mitschreiben als mit Laptop oder Computer.
- Auch **Smartphones** sind im Unterricht nicht per se hilfreich. Vielmehr kommt die Studie "Brain Drain" zu dem Schluss, dass allein die Anwesenheit des Smartphones die Aufmerksamkeit verringert und damit auch die Leistungen.

Was folgt daraus? Lernen bleibt lernen - egal, ob analog oder digital. Und damit das gelingt, braucht es Einsatz, Anstrengung und den menschlichen Dialog. Kurzum: Pädagogik vor Technik.

Die Perspektive der Bildung: Dem humanistischen Verständnis zufolge zeigt sich Bildung darin, was jemand aus seinem Leben gemacht hat und nicht darin, was andere aus einem gemacht haben. Sicherlich führt die Digitalisierung in vielfacher Hinsicht zu mehr Lebensfreude. Aber es gibt auch eine Schattenseite: "Smartphone-Sucht".

Die Betroffenen unterliegen einem Reflex und zücken das Smartphone, wann immer ihnen langweilig ist oder sie sich unsicher fühlen. Das führt laut der Studie "Homo Digitalis" unmittelbar

zu immer weniger sozialen Kontakten - selbst das Essen in Familien wird durch eine unkontrollierte Smartphonennutzung asozialisiert. Zudem kommen Betroffene kaum noch zur Ruhe und ihre Leistungen in Arithmetik nehmen ab. Außerdem verändern sich neuronale Bereiche.

Digitalisierung ist eine gesellschaftliche Herausforderung

Was folgt daraus? Menschen müssen nicht nur lernen, wie ein Smartphone funktioniert. Sie müssen vor allem lernen, wann es sich lohnt, dieses einzuschalten und wann es besser ist, dieses auszuschalten. Eine umfassende Medienbildung muss das Ziel sein. Hier sind die Schulen besonders gefragt.

Digitalisierung ist eine gesellschaftliche Herausforderung. Gerade der Bildungsbereich ist gefordert - weniger wegen der Chancen für das Lernen, als vielmehr wegen der Risiken für die Bildung. Schule ist der falsche Ort für Digitalisierung als Selbstzweck. Genauso wichtig wie die Frage nach der Zahl der Tablets ist die Suche nach geeigneten Lehrmethoden und ausreichend qualifiziertem Personal. Dieser zweite Aspekt kommt bisher in den zuständigen Ministerien viel zu kurz. Klar ist: Dafür braucht es Geld und Zeit. Wer hier schnell und leichtfertig agiert, verkennt die Möglichkeiten und Grenzen des Menschen.

<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/digitales-klassenzimmer-die-schueler-muessen-wieder-in-den-mittelpunkt-a-1181900.html>

Mehr zum Thema:

WEF, 12 Dec 2017

France is banning mobile phones in schools



Research is on ... the French government's side. According to a 2015 working paper (pdf) published by the London School of Economics, schools that banned mobile phones saw test scores for their 16-year-olds improve by 6.4%, or the equivalent of adding five days to the school year. "We found that not only did student achievement improve, but also that low-achieving and low-income students gained the most," economists Philippe Beland and Richard Murphy told the BBC.

https://www.weforum.org/agenda/2017/12/france-is-banning-mobile-phones-in-schools?utm_content=buffer40566&utm_medium=social&utm_source=facebook.com&utm_campaign=buffer

NZZ Gastkommentar, 29.12.2017

Anstandslosigkeit: Ein neues Laster in Zeiten der Digitalisierung

In der Ära der Digitalisierungseuphorie bekommen Anstand und Höflichkeit eine neue Dimension. Sie sind nicht Relikte moralisch verstaubter Begriffe einer abtretenden Generation, sondern Ausdruck einer zutiefst demokratischen und egalitären Haltung.

Margrit Stamm

https://www.nzz.ch/amp/meinung/anstandslosigkeit-neues-merkmal-in-zeiten-der-digitalisierung-ld.1336131?_twitter_impresion=true

Schulentwicklung spaltet Gemüter

EBNAT-KAPPEL · Monatelang schwelte an der Primarschule ein Konflikt zwischen dem Schulleiter und mehreren Lehrpersonen bezüglich Ausrichtung des Unterrichts. Schulratspräsident Pierre Joseph sagt, jetzt sei alles in Ordnung.

Urs M. Hemm

Es war der Aufreger an der Budgetvorversammlung der Gemeinde Ebnat-Kappel. In der allgemeinen Umfrage, nach dem offiziellen Teil, meldeten sich mehrere Votanten, welche die Leitung der Schule Ebnat-Kappel wegen ihres Führungsstils sowie die Richtung des Ausbildungskonzepts der Schule kritisierten. Dies ist offenbar ein Konflikt, der schon längerem schwelte und darin gipfelte, dass sechs langjährige Lehrpersonen kündigten und der damalige Schulleiter der Primarschule Gill die Kündigung erhielt. Laut Pierre Joseph, Schulratspräsident der Schule Ebnat-Kappel, hat sich die Situation normalisiert, der Schulbetrieb laufe reibungslos. «Ganz im Gegenteil», sagt Susanne*, eine der Lehrpersonen, welche die Situation unter dem damaligen Schulleiter nicht mehr ausgehalten und gekündigt hatte.

«Alles musste hinterfragt werden»

Die Situation ist verworren – es steht Aussage gegen Aussage. Susanne ist die einzige ehemalige Gill-Lehrperson, die sich bereit erklärt hat, sich gegenüber dem Toggenburger Tagblatt zu den Vorfällen und Konflikten zu äussern. Obwohl: «Eigentlich möchte ich gar nicht mehr über diese schlimme Zeit reden. Die ganze Situation hatte mich gesundheitlich sehr mitgenommen», sagt sie. Konkret gehe es um das Verhalten seitens des damaligen Schulleiters gegenüber den Lehrpersonen, welche seine Ausrichtung der Schule nicht mittragen wollten. Er selbst ist ehemaliger Leiter einer eigenen Privatschule, Gründer und Co-Leiter der Initiative «Schule der Zukunft», Inhaber der eigenen Firma «Bildungsreich» und ein hervorragender Rhetoriker. Bei Anstellungsbeginn sei er als ausserkantonaler Schulleiter nicht mit dem St. Galler Schulsystem, den Begebenheiten der Schule Ebnat-Kappel und allen schulinternen Konzepten vertraut gewesen. «Doch anstatt sich zuerst über Abläufe zu orientieren, setzte er per sofort seine ganz eigenen Ideen um», sagt Susanne. Der eigentliche Schulalltag schien ihn nicht zu interessieren, alles musste hinterfragt werden, neu erstellte Konzepte wurden in Frage gestellt und er habe wörtlich gesagt: «Damit etwas Neues und Gutes entstehen kann, muss zuerst eine labile Situation geschaffen werden», zitiert Susanne den ehemaligen Schulleiter. Labilität habe er geschaffen. «Wir mussten uns darüber unterhalten, ob in der Schule gegrüsst werden soll, allgemeingültige Regeln wurden als Hindernis für eine Entwicklung angesehen, das Einhalten der Unterrichtszeiten wurde sekundär. Man musste nicht vor der Klasse im Schulhaus sein, Schüler konnten auch vor Lektionsschluss nach Hause geschickt, die Pausen stark verlängert werden», erläutert Susanne. Die Lehrpersonen sollten sich Zeit nehmen, während des Unterrichts Gespräche mit dem Schulleiter zu führen. Die Spaltung des Lehrerteams sei immer grösser geworden. «Lehrpersonen, die nicht seiner Meinung waren, wurden für Aussprachen ins Büro eingeladen. Dabei wurde unterstellt, wir hörten nicht zu, seien nicht offen – uns wurden die Worte verdreht. Unterschwellig wurde uns zu verstehen gegeben, dass unsere Art zu unterrichten, nicht mehr zeitgemäss sei», sagt Susanne.

Sie habe sich bewusst für das Unterrichten an einer öffentlichen Volksschule entschieden und orientiere sich am Bildungs- und Berufsalltag sowie am Lehrplan Volksschule St. Gallen. «Ich wünschte mir einen Schulleiter, der darauf basierend die Schule führt. Die vom Schulleiter und Schulratspräsident verfolgten Ziele einer einzigartigen Schule der Zukunft konnte ich nicht mittragen.» Susanne ist der Meinung, dass die Schulkinder überfordert und im Stich gelassen werden, wenn sie selber entscheiden müssen, ob, was und wie sie lernen wollen. Dass der Unterricht individualisiert werde und auf den Wissens- und Könnensstand der Einzelnen eingegangen wird, sei für Susanne logisch und werde schon lange praktiziert. Es gehe aber eindeutig zu weit, wenn ein 2.-Klässler ohne Einbezug der Eltern selber entscheiden soll, ob er eine Klasse überspringen möchte. Dafür seien die Erwachsenen verantwortlich. Die Lehrerschaft müsse den Schülerinnen und Schülern Neues lehren und sie motivieren, zu lernen. Sie selber könnten nicht beurteilen, ob sie beispielsweise Französisch einmal brauchen oder nicht, sagt Susanne. Es sei ihr auch wichtig, dass die rechtlichen Seiten eingehalten werden, zum Beispiel beim Einsatz der Klassenassistenten.

Das Hinterfragen des eingeschlagenen Kurses sei nicht toleriert worden. Nach einem Eklat zwischen dem Schulleiter und ihr habe sie den Schulratspräsidenten informiert und – nachdem sie eine Woche lang keine Reaktion von ihm bekommen habe – ihr zuständiges Schulratsmitglied. Nach einer Aussprache mit Teilen des Lehrerteams und Vertretungen des Schulrates habe sich die Schulleitung des Problems angenommen. In einer Klausurtagung habe sie ein neues Personalförderungspapier erstellt. Eines der Ziele: Es gilt festzustellen, ob es sich abzeichnet, dass sich die Wege trennen werden. Kritische Mitarbeiter sollten verstummen. Susanne wollten sie isolieren, indem die Teammitglieder angehalten wurden, nicht mehr mit ihr über schulische Angelegenheiten oder die Schulführung zu sprechen, derweil der Schulleiter mit diversen Personen über sie sprach. Zwei Tage vor Weihnachten 2016 habe der Schulleiter sie per Mail aufgefordert, die Konsequenzen zu ziehen. Der Schulratspräsident wurde von ihr um Hilfe und Unterstützung gebeten – nach 14 Tagen sei dann endlich eine Antwort gekommen. Leider sei wieder alles verdreht, der Täter zum Opfer gemacht worden.

«Ich bin sehr enttäuscht vom fehlenden Rückhalt seitens des Schulrates. Noch mehr erschüttert mich die Tatsache, dass der Schulrat bewusst die Kündigung von sechs kompetenten, teils sehr langjährigen Lehrerinnen und Lehrern in Kauf genommen hat zu Gunsten eines Schulleiters, der erst ein halbes Jahr an der Schule war und bislang einen riesigen Scherbenhaufen angerichtet hat.»

«*Neuerungen machen manchmal zu schaffen*»

Den Vorwurf des fehlenden Rückhalts könne er nicht verstehen, sagt Schulratspräsident Pierre Joseph. «Meine Tür stand immer für Gespräche offen. Ich habe mehrmals Aussprachen angeboten, einzelne Betroffene haben dies auch genutzt. Je mehr jedoch die Situation eskalierte, umso schwieriger wurde eine konstruktive Kommunikation. Nicht alle betroffenen Lehrpersonen waren dazu bereit, sich den auftauchenden Problemen und dadurch notwendigen Gesprächen zu stellen». Er habe Verständnis dafür, dass Lehrpersonen sich durch die angedachten Neuerungen verunsichert fühlten. «Vielleicht waren wir mit gewissen Umstellungen im Bereich Schulentwicklung tatsächlich zu schnell», räumt Joseph ein. Darüber, was eine gute Stossrichtung und welche Art der pädagogischen Entwicklung richtig ist, existieren in der Bildungslandschaft viele unterschiedliche Auffassungen. Wesentlich sei es, die Vorgaben des Kantons einzuhalten. «Zusammen mit drei Schulleitungspersonen führen wir rund 70 Lehrpersonen. Dass dabei nicht immer alle gleichzeitig und in gleicher Masse zu begeistern sind, und auch Widerstand entstehen kann, gehört zu einem Veränderungsprozess».

Dass Lehrpersonen deswegen jedoch gemobbt wurden, lässt Joseph so nicht stehen. «Wir hatten in dieser Zeit mit allen Angestellten, welche sich für eine Kündigung entschieden haben, einen ganz unterschiedlichen Prozess. Es war für alle eine schwierige Zeit, doch von Mobbing kann keine Rede sein.». Er habe seine Führungsarbeit immer wahrgenommen und bis zum Erhalt der Kündigungen daran geglaubt, dass ein gemeinsamer Weg möglich sei. Aus diesen Erfahrungen habe er gelernt, sagt Pierre Joseph. «Rückblickend würde ich heute bestimmte Themen früher und direkter angehen».

Nach den sechs Kündigungen habe er einen Auftrag an den Beratungsdienst des Bildungsdepartements erteilt, um die Situation durch Externe analysieren zu lassen. Alle Angestellten der Schule hatten die Möglichkeit, mittels strukturierten Interviews ihre Meinung zur Führung und zum Thema Schulentwicklung anonym abzugeben. «Wir nehmen diese Rückmeldungen ernst, haben bereits Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt». Dabei sei auch herausgekommen, dass der Grossteil der Lehrerschaft den eingeschlagenen Weg bezüglich Schulentwicklung unterstütze, sich jedoch wünsche, die Umsetzung zu verlangsamen. Als Gesamtverantwortlicher der Schule habe er es als notwendig erachtet, bestimmte Aspekte der bisher eingeschlagenen Schulentwicklung anzupassen. Daraufhin kam es auch zum Bruch mit dem Schulleiter, weil die Meinungen dazu zu stark differierten.

«Seit Anfang Dezember ist die vakante Schulleiterstelle neu besetzt. Die Voraussetzungen für einen stabilen, normalen Schulbetrieb sind demnach gegeben», sagt Schulratspräsident Pierre Joseph.

* Name der Redaktion bekannt

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/toggenburg/schulentwicklung-spaltet-gemueter;art340,5177953>

Basler Zeitung, 08.01.2018

Frühsprachen-Konzept zeigt seine Schwächen

Neue empirische Studie weist auf signifikante Minderleistungen bei Frühfranzösisch-Lernenden hin.

Franziska Laur

Eine neue Studie belegt: Kinder, die früher Französisch lernen müssen, beherrschen die Sprache schlechter als Schüler, die später damit beginnen. Damit beweist Susanne Zbinden von der Universität Fribourg in ihrer mit «summa cum laude» ausgezeichneten Masterarbeit, was Lehrer schon lange vermuten: Die neue Fremdsprachendidaktik kostet viel und bringt nichts. «Es ist ein aufgeblasenes Konzept, aber Kritiker wurden jahrelang in die Ecke der Ewiggestrigen gestellt», sagt Philipp Loretz, Geschäftsleitungsmitglied des Lehrervereins Baselland.

Schon die Sprachwissenschaftlerin Simone Pfenninger hatte vor Jahren Ähnliches herausgefunden. Christoph Eymann, damals Basler Erziehungsdirektor und Präsident der Eidgenössischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), tat diese Erkenntnisse als qualitativ ungenügend ab.

Susanne Zbinden hat die wissenschaftliche Studie mit rund 500 Schülern aus dem Kanton Bern durchgeführt. Sie hat zwei Gruppen verglichen. Die einen waren bei Unterrichtsbeginn jünger und arbeiteten mit dem neuen Lehrmittel «Clin d'œil», die anderen waren ein Jahr älter und arbeiteten mit dem alten Lehrmittel «Bonne Chance». Beide Vergleichsgruppen wurden nach 588 Lektionen getestet.

Obwohl diejenigen Schüler, die mit dem neuen Lehrmittel unterrichtet wurden, ein Jahr länger Französisch gehabt hatten, waren vor allem die Leistungen im Bereich Leseverständnis signifikant schlechter als bei denen, die mit dem alten Lehrmittel unterrichtet wurden. «Susanne Zbinden zeigt auf, dass Schüler, die nach bewährten international anerkannten Methoden Französisch gelernt haben, über ein besseres Textverständnis verfügen als ihre Kolleginnen und Kollegen, die nach der sogenannten Mehrsprachendidaktik unterrichtet worden sind», sagt Loretz.

Absteigen, wenn das Pferd tot ist

Diese Resultate würden ihn gar nicht überraschen, sagt Lehrer Loretz. «Es ist das eingetroffen, was eintreffen musste.» Die Leitung des Projekts Passepartout habe sämtliche Bedenken von Anfang an konsequent in den Wind geschlagen. «Wenn du merkst, dass dein Pferd tot ist, dann steige ab», sagt Loretz. Doch Reto Furter, Gesamtprojektleiter von Passepartout, schein immer noch nicht gemerkt zu haben, dass sein Pferd von Anfang an todkrank war.

Das sieht der Basler LDP-Erziehungsdirektor Conradin Cramer anders. Man nehme die Erkenntnisse ernst. Die Verfasserin der Berner Studie und die Projektgruppe Passepartout würden bereits im Austausch stehen. Schon in den vergangenen Jahren seien immer wieder Anpassungen vorgenommen worden und auch diese Erkenntnisse würden der Projektgruppe nützen, die Lehrmittel zu verbessern. Cramer bedauert allerdings, dass in der wissenschaftlichen Arbeit achte Klassen mit neunten Klassen verglichen worden sind. «Viele der Wissenslücken, die man bei den Passepartout-Schülern festgestellt hat, wären ein Jahr später wohl behoben gewesen.»

Dann wäre der Test aber unlogisch gewesen, da es ja darum ging, festzustellen, ob das Frühfranzösisch Sinn macht. Das Ergebnis ist denn auch für die Basler GLP-Grossrätin Katja Christ keine Überraschung: «Grundsätzlich wäre ja die Idee hinter den neuen Lehrmitteln für Fremdsprachen, dass die Kinder in ein Sprachbad eintauchen. Das würde bedeuten, dass mindestens 50 Prozent des gesamten Wochenunterrichts – also auch Sport, Mathematik oder Handarbeit – in dieser Sprache abgehalten werden müssten, was in der Realität jedoch nicht umsetzbar ist.»

Loretz bestätigt: «Das propagierte Sprachbad existiert nicht. Das geben mittlerweile auch die Verantwortlichen des Projekts Passepartout zu.» Trotzdem würden sie in den obligatorischen Fortbildungskursen weiterhin eine Didaktik propagieren, die auf dem inexistenten Sprachbad beruhe und die sich auf zwei Theorien stütze, für die es keinerlei Wirkungsnachweis gebe. Loretz prophezeit, dass sich der «sträflich vernachlässigte Aufbau der wichtigsten sprachlichen Strukturen rächt». In zahlreichen Gesprächen mit Schülern, Eltern und Berufskollegen habe er festgestellt: «Bei den Schülern herrscht ein regelrechtes Durcheinander. Fehlerhafte Formen sind zementiert.» So sei dem Kanton Bern bei den Aufnahmeprüfungen fürs Gymnasium nichts anderes übrig geblieben, als den Grammatikteil zu streichen. Dies sei also eine Kapitulation vor dem Versagen einer flächendeckend eingeführten Schulreform.

Kinder bleiben auf der Strecke

Für Katja Christ ist klar, dass nicht nur das Sprachbad, sondern das Frühfranzösisch generell nicht gewinnbringend sind: «In den Klassen sitzen viele Kinder, die kaum Deutsch sprechen. Da macht es keinen Sinn, schon in der dritten Klasse mit Französisch zu beginnen.» Ihrer Meinung nach müsse man sich vielmehr auf die deutsche Sprache und ihre Grundlagen konzentrieren und später mit Fremdsprachen beginnen, dafür jedoch mehr Gewicht auf einen systematischen Aufbau mit Grammatik und Wortschatz legen.

Für dieses Argument hat Cramer kein Gehör: «Der Zusammenhang Deutsch–Französisch erschliesst sich mir nicht.» Es gebe Schüler, die im Deutsch gute Noten schrieben, im Französisch aber Mühe hätten – und umgekehrt. Zudem könne für jemanden mit romanischer Muttersprache Französisch gar einfacher erlernbar sein.

Eine Passepartout-Befragung wird soeben ausgewertet. Gaby Hintermann, Präsidentin der Kantonalen Schulkonferenz Basel-Stadt: «Die Daten sind noch unvollständig. Klar ist aber, dass wir die Mehrsprachigkeitsdidaktik unterstützen.» Es werde jedoch infrage gestellt, ob sie in der aktuell gültigen Studentafel gewinnbringend sei.

Umfrage

Studien zeigen auf, dass Schüler Grammatik und Satzbau nicht mehr richtig lernen und Defizite aufweisen. Sollen Frühfranzösisch und Frühenglisch wieder abgeschafft werden?

Ja	Nein	
74.5%	25.5%	1221 Stimmen

<https://bazonline.ch/basel/stadt/FruehsprachenKonzept-zeigt-seine-Schwaechen/story/16232446#mostPopularComment>

Mehr dazu:

Schule Schweiz, 9. Januar 2018

Ideologie wichtiger als Lernerfolg

Das neue Sprachenkonzept Passepartout lässt die meisten Lehrer, Schüler und Eltern verzweifeln: Der Aufbau sei ohne System und Logik, sagen sie; auch nach zwei Jahren Unterricht finde man sich in einfachen Alltagssituationen nicht zurecht. Die Lehrmittel seien unbrauchbar, monierten auch gestern viele Leser als Reaktion auf den BaZ-Artikel über das Frühfranzösisch. Es müsse einen sofortigen Halt geben, das neue Konzept gestoppt werden. «Mir tun die Kinder leid, die nun alle mit schlechteren Chancen in die Welt starten, nur weil weltfremde Pädagogen ein schlechtes Konzept konstruiert haben und das Scheitern nicht zugeben wollen», schreibt beispielsweise Max Bader in einem Online-Kommentar auf baz.ch. Zu Hause müsse man fast täglich ausbessern und den Kindern sei Französisch als Sprache durch ständigen Frust versaut worden.

Teure, unbeliebte Franz-Lehrbücher, Basler Zeitung, 9.1. von Franziska Laur

[Weiterlesen »](#)

Tagblatt, 17. Dezember 2017, 05:16

Ärger mit neuen Schulzeugnissen

BEURTEILUNG · Seit diesem Schuljahr gibt es im Thurgau neue Zeugnisse. Sie sind an den Lehrplan 21 angepasst. Darin gibt es keine mündlichen Noten mehr und nicht alle Schulen müssen die Fächer gleich aufteilen. Lehrer und Politiker wehren sich.

Larissa Flammer

Die nervöse Anspannung am letzten Schultag des Semesters, das Kribbeln im Bauch – bis man die Zeugnisnoten endlich in Händen hält. Nur: in diesem Schuljahr dauert es vielleicht etwas länger, bis man den Sinn des Geschriebenen erfasst. Mit dem neuen Lehrplan Volksschule Thurgau hat der Kanton diesen Sommer auch neue Zeugnisformulare eingeführt. Die wesentlichen Änderungen auf Sekundarstufe I sind in der Tabelle unten dargestellt. Der Hauptunterschied liegt darin, dass es keine mündlichen Noten mehr gibt.

«Wir sind aus allen Wolken gefallen, als in den Sommerferien das Mail vom Kanton gekommen ist», sagt Anne Varenne, Präsidentin von Bildung Thurgau. Die Berufsorganisation der Thurgauer Lehrerinnen und Lehrer war davon ausgegangen, dass die Neuerungen erst in einem Schulversuch getestet werden. So habe es der Regierungsrat aufgrund der Rückmeldungen in der Vernehmlassung entschieden. An den Jahrestagungen der Lehrer im Herbst hat sich Beat Brüllmann, Chef des Amts für Volksschule, für die misslungene Kommunikation entschuldigt und versucht, alle Fragen zu klären. «Das haben wir sehr geschätzt», sagt Varenne.

Den Schulversuch gibt es trotzdem. Bis im Winter 2019 testen 80 Lehrpersonen im Kanton unter anderem Kompetenzprofile, die den Zeugnisnoten beigelegt werden sollen. Bildung Thurgau ist in den Schulversuch mit einbezogen und wird danach auch an der Analyse beteiligt sein. Die neu geschaffene Regelung ist also eine Übergangslösung. Im Sommer 2021 wird eine neue kantonale Beurteilungsgrundlage eingeführt.

Politik schaut während der Erarbeitung genau hin

Nach den Sommerferien sind die Irritationen über die neuen Zeugnisse «sehr geballt» aufgetreten. Die Präsidentin von Bildung Thurgau sagt: «An den Elternabenden mussten die Lehrpersonen über die Neuerungen informieren, wussten aber selber nicht genau, wie diese umgesetzt werden.» Ihr erster Kritikpunkt betrifft die Einschätzungsskala für die 1. und 2. Klasse. Anstelle von Noten hiess es dort bisher: «Lernziele sehr gut erreicht», «gut erreicht», «erreicht» oder «nicht erreicht». Neu gibt es nur noch drei Abstufungen. «Wir haben uns vehement dagegen gewehrt. So werden die meisten Schülerinnen und Schüler in der Mitte eingestuft», sagt Varenne. Da es trotzdem so eingeführt wurde, fühlen sich die Lehrer nicht ernst genommen.

Ein zweiter Kritikpunkt betrifft die fehlenden mündlichen Noten in den Sprachen. «Für gewisse Berufsgruppen sind diese wichtig.» Bildung Thurgau äussert zudem Bedenken zur Zusammensetzung der neuen Gesamtnote. Da mündliche Noten aufwendiger zu erheben sind, kann eine Gesamtnote dazu verführen, nur noch schriftliche Leistungen zu bewerten.

Der dritte Kritikpunkt zielt auf die Möglichkeit der Schulgemeinden, auf Sekundarstufe I in Eigenregie Sammelnoten zu setzen. Physik, Chemie und Biologie können zu «Natur und Technik» zusammengefasst werden, Geografie und Geschichte zu «Räume, Zeiten, Gesellschaften» und Bildnerisches, Textiles sowie Technisches Gestalten zu «Gestalten». Ein Schreinermeister kann sich also nicht sicher sein, dass sein Lehrling gut mit Holz umgehen können wird, nur weil er im Fach Gestalten die Note 5,5 hatte. Diese könnte mit guten Leistungen im Zeichnen oder Nähen zustande gekommen sein. «Wir wollen, dass die Zeugnisse im ganzen Kanton gleich aufgebaut sind», betont Anne Varenne.

Aufgrund der Kritik hat das Amt für Volksschule im September bereits eine Anpassung an den Zeugnissen vorgenommen. Eigentlich hätte die Note für Geometrie wegfallen sollen. Das Amt schrieb in einer Mitteilung: «Im Hinblick auf die Lehrstellensuche können differenzierte Aussagen über die Leistungen in Geometrie von Bedeutung sein.» Auf Sekundarstufe I ist dieses Fach also wieder im Zeugnis vertreten.

Beat Brüllmann erklärt: «Mündliche und schriftliche Noten sind nicht mehr kompatibel mit dem neuen Lehrplan.» Dieser sehe die Beurteilung mit Gesamtnoten vor, welche nach dem Schulversuch allenfalls mit Kompetenzen ergänzt werden können. Bis dahin können die Noten in der Spalte «Bemerkung» differenziert werden. Vier Jahre nach der Einführung des Lehrplans will der Kanton ein Zeugnis haben, das alle mittragen. «Wir fragen auch, was das Gewerbe braucht.» Angestrebt wird ein kantonsweit einheitliches Zeugnis, auch wenn dem in der Übergangsphase nicht so ist.

«Thurgauer Schulzeugnisse – aussagekräftig und vergleichbar?» Diese Frage stellen sich auch sechs Kantonsräte aus SVP, GP, FDP, CVP und SP. Sie bitten den Regierungsrat in einer Interpellation um Antworten zu den Sammelnoten und der Vergleichbarkeit der Zeugnisse. Brüllmann sagt: «Diese Interpellation ist eine Chance für uns.» So hören die Verantwortlichen bereits während der Erarbeitungsphase, was die Politik dazu sagt. «Damit gibt es eine Lösung, die politisch auch tragfähig ist.» Eine, die nicht erst nach Inkrafttreten durch Vorstösse wieder geändert werden muss.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kanton/aerger-mit-neuen-schulzeugnissen:art505754.5169814>

Kommentar

Um die Wogen zu glätten oder gar nicht aufkommen zu lassen, wird alles verschwiegen oder als "Versuch" der Bevölkerung verkauft, und dann wird die Übung von heute auf morgen als fix eingeführt, die typische LP21-Lügen-Salamitaktik. Das Ziel von LP21 ist klar, keine Noten mehr, nur noch 3 Stufen, Text anstelle Zahl, und nie hat die Bevölkerung ja dazu gesagt. Und was ist mit Harnos, gleiche Schulsysteme heisst auch gleiche Notensysteme, und das ist immer noch 1-6. Als TG das Frühfranz aus der Primar verbannen wollte, wurde es von den Bildungspolitikern ch-weit fast gesteinigt, und der jetzige Noten-Alleingang ? oder ist TG nur der Versuchsballon, und alle anderen Kantone wollen klamm heimlich später auch auf dieses System wechseln, Salamitaktik ahoi? Lug und Betrug im Bildungswesen, damit ein paar Bildungspolitiker mit ihren Denkmäler 2-Frühfremdsprachen-in-Primar, LP21-Kompetenzorientierung den EU-Vorgaben nachäffen können, dass das Niveau der Schüler zusehends absackt ist ihnen egal

Anton Müller

Tagblatt, 31. Dezember 2017

Im Thurgau werden zu wenig Französischlehrer ausgebildet

SPRACHENSTREIT · Der Anteil angehender Primarlehrerinnen, die Französisch unterrichten wollen, ist im Thurgau deutlich zurückgegangen.

Weiterlesen:

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/der-sprachenstreit-wirkt-nach:art505748.5179015>

Tagblatt, 29. Dezember 2017, 12:02

Thurgauer Schulen dürfen keine Elternbeiträge für Deutschkurse oder Exkursionen verlangen



Insbesondere ausländische Eltern, die ihre Kinder nicht genügend und rechtzeitig anhalten, die deutsche Sprache zu erlernen, sollten mit finanziellen Konsequenzen für zusätzliche Sprachkurse rechnen müssen. So die Idee des Grossen Rates.

(*JOCKEL FINCK (AP)/Symbolbild*)

BUNDESGERICHTSURTEIL · Das Bundesgericht hebt zwei Regelungen im Volksschulgesetz des Kantons Thurgau auf. Damit dürfen die Schulen von den Eltern keine Beiträge für notwendige Deutschkurse ihrer Kinder sowie für obligatorische Lager und Exkursionen erheben.

Beide Bestimmungen seien unvereinbar mit dem Anspruch auf kostenlosen Grundschulunterricht, wie ihn Artikel 19 der Bundesverfassung (BV) garantiert, heisst es im am Freitag veröffentlichten Bundesgerichtsurteil.

Der Thurgauer Grosse Rat hatte die beiden Änderungen des Volksschulgesetzes 2015 verabschiedet. Demnach sollten Schülerinnen und Schüler in besonderen Fällen zum Besuch von Sprachkursen verpflichtet werden können. Vorgesehen war auch, den Eltern Kostenbeteiligungen für solche Kurse aufzuerlegen.

Auch für obligatorische Klassenverlegungen, schulische Exkursionen und Lager wollte der Grosse Rat bei den Erziehungsberechtigten Beiträge erheben. Vier Privatpersonen erhoben gegen die neuen Regelungen, die im August 2016 in Kraft traten, Beschwerde beim Bundesgericht.

Beschwerde gutgeheissen

Dieses heisst die Beschwerde gut und hebt die angefochtenen Bestimmungen auf, wie es schreibt. Die verfassungsmässige Garantie eines unentgeltlichen Grundschulunterrichts bezwecke auch die Chancengleichheit bei der Ausbildung. Erachte eine Schule einen Sprachkurs für ein Kind als notwendig, dürfe sie deshalb keine finanzielle Beteiligung von den Eltern verlangen.

Aus Artikel 19 der Bundesverfassung ergibt sich laut dem Bundesgericht auch, dass «alle notwendigen und unmittelbar dem Unterrichtszweck der Grundschule dienenden Mittel unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden müssen». Dazu gehörten auch Aufwendungen für Exkursionen und Lager, sofern die Pflicht bestehe, daran teilzunehmen.

Den Eltern dürfen nur Kosten in Rechnung gestellt werden, die sie durch die Abwesenheit ihrer Kinder sparen. Dazu gehören etwa Verpflegungskosten von 10 bis 16 Franken pro Tag, wie das Bundesgericht ausführt. (sda)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kanton/bundesgericht-nimmt-bei-thurgauer-volksschulgesetz-korrektur-vor:art123841.5178112>

Mehr dazu:

LCH, 03.01.2018

Kostenbeteiligung der Eltern nicht zulässig

https://www.lch.ch/news/aktuell/artikel/dokument/kostenbeteiligung_der_eltern_nicht_zulaessig/?utm_medium=email&utm_campaign=Newsletter+LCH+1++2018&utm_content=Newsletter+LCH+1++2018+CID_f18cdce0986292d72904080113690d83&utm_source=Newsletter+Tool&utm_term=Mehr+Informationen

Philosoph Liessmann: Es geht Schulpolitik nicht um Bildung, nur um Effizienz

WIEN. Ein schlechtes Zeugnis stellt der Philosoph, Autor und Bildungsexperte Konrad Paul Liessmann den Schulpolitikern in Deutschland und Österreich aus. Bei ihnen dominiere der Glaube an den Erwerb von Kompetenzen, egal, an welchen Texten, Aufgaben und Theorien diese geübt würden, sagt der 64-Jährige. Für ihn ein Irrweg. „Die effizienz- und kompetenzorientierte Schule hindert junge Menschen, die nötige Fantasie und Kreativität zu entwickeln.“ Der Österreicher ist Professor für „Methoden der Vermittlung von Philosophie und Ethik“ an der Universität Wien, er ist Autor vieler Publikationen und befasst sich seit langem intensiv mit der Bildungspolitik. Zuletzt erschien sein Buch „Bildung als Provokation“.

Die deutschen Schüler sind laut [Pisa-Studie recht gut in «Teamarbeit»](#). Teilen Sie die Freude?

Liessmann: Ich stehe Pisa-Studien prinzipiell skeptisch gegenüber. Darüber hinaus glaube ich, dass Teamarbeit wenig mit Bildung zu tun hat und überschätzt wird. Zudem wurde diese Kompetenz nicht in realen Situationen, sondern in Computersimulationen getestet. Das ist ein sehr zeitgeistiger Ansatz. Bildung ist eine Sache von Einzelnen und auch von Einsamen.

Was ist Bildung?

Liessmann: Die Bildung des Menschen beinhaltet Formung, Entfaltung, Orientierung, Selbstgestaltung und das Gewinnen einer auch ästhetischen Urteilskraft. Bildung lässt sich nicht reduzieren auf den Erwerb von Wissen, aber auch nicht auf den Erwerb von Kompetenzen. Bildung meint immer, wie kann ein Mensch seine Haltung, seinen Charakter, seine Fähigkeiten zu einer Mündigkeit entwickeln. Bildung kennt also letztlich keine definierbaren Ziele, sondern ist ein offener Prozess.

Was hat die Bildungspolitik in Österreich und Deutschland mit Bildung zu tun?

Liessmann: Gar nichts. Es geht ihr nicht mehr um die Bildung des Menschen, sondern es geht ihr um das Schulen und Testen von einzelnen Fähigkeiten. Es geht ihr nicht mehr, und da wage ich eine Trendwende zu prognostizieren, um die Inhalte der Bildung. In den Lehrplänen geht es um den Erwerb der Lesekompetenz, aber dabei wird völlig ausgeklammert, was gelesen wird. Dabei sind Inhalte entscheidend. Denn nur diese berühren Menschen. Kompetenzen lassen kalt.

Sind die Lehrer die neuen Coaches fürs Leben?

Liessmann: Ich würde Lehrer davor warnen, ihr Selbstverständnis in dieser neuen Form des Coachings und der Begleitung der Schüler zu sehen. Lehrer sollen Lehrer sein. Pädagogen müssen das Gefühl haben, dass sie etwas Wichtiges weitergeben wollen, gerne mit persönlicher Färbung und persönlichem Stil. Der gute Deutschlehrer begnügt sich nicht damit, Leseprozesse zu coachen, sondern ist von der Notwendigkeit überzeugt, Kafka, Thomas Mann oder Peter Handke zu lesen.

Die Lehrer leiden Ihrer Ansicht nach unter einer selbst auferlegten «Zerknirschungsstrategie». Was meinen Sie damit?

Liessmann: Das ist eine neue Mode in der Lehreraus- und fortbildung: Ständige Selbstreflexion und Selbstrechenschaft, ständige Selbstüberprüfung von eigenen Defiziten und dem Nicht-Erreichen von Zielen. Das Selbst-Monitoring ist eine Variante der pietistischen Selbstbeobachtung. Natürlich braucht man kritische Distanz zu sich und seiner Tätigkeit. Aber wir müssen weg von diesem Phantasma permanenter Kontrollierbarkeit und der permanenten Vergleichstest. Das schafft nur unglückliche Lehrer und damit unglückliche Schüler.

Was haben Bildung und Muße miteinander zu tun?

Liessmann: In der Antike wusste man, dass Bildungsprozesse keine Arbeitsprozesse sind. Muße bedeutet, dass ich mich mit Dingen um ihrer selbst willen befassen kann und nicht ständig darauf schielen muss: Erreiche ich damit ein Ziel, löse ich damit ein Problem? Nur Freiräume befördern die Bildung. Ef-

fizienz allein bedeutet keinen Fortschritt. Gerade heute wäre nichts so sehr nötig wie Fantasie. Die effizienz- und kompetenzorientierte Schule hindert junge Menschen, die nötige Fantasie und Kreativität zu entwickeln.

Kann man einfach das Ruder herumreißen?

Liessmann: Das ist keine unmögliche Aufgabe. Man kann natürlich Zeitordnungen und Lehrpläne an Schulen und Universitäten anders gestalten. Man kann aus den Bildungssystemen den dramatischen Druck nehmen. Wir sind die reichste Gesellschaft aller Zeiten mit der höchsten Lebenserwartung aller Zeiten – wir können problemlos 40 bis 45 Jahre arbeiten und hätten noch viel Zeit für Bildungsprozesse mit Muße. Ich sehe keinen Grund für den Zeitdruck im Bildungssystem.

Wo mangelt es auffallend an Bildung?

Liessmann: In den sozialen Netzwerken. Dort herrscht Bildungsmangel schon durch den Mangel an Kinderstube und Selbstbeherrschung. Viele wissen nicht, wie man argumentiert, wie man unterscheidet zwischen Argumenten einer Sache gegenüber und unzulässigen Argumenten einer Person gegenüber. Dabei wäre eine profunde Diskussion mit auch scharfer Kritik hilfreich. Ich sehe eine Paradoxie. Wir machen Bildungseinrichtungen zu schmerzfreien Räumen, wo nichts mehr gedacht werden darf, was jemand als anstößig empfinden könnte. Dieser Hyper-Empfindlichkeit steht gleichzeitig eine Vulgarisierung der Öffentlichkeit gegenüber. Beides ist das Gegenteil von Bildung.

Welche Rolle spielen Intellektuelle in Zeiten der «Political Correctness»?

Liessmann: Intellektuelle tendieren dazu, das Volk zu bevormunden. Diese Gefahr muss man sehen. Die einfachste Art, sich mit den Positionen des Anderen nicht auseinanderzusetzen, ist, ihn zu pathologisieren wie bei der Flüchtlingsfrage. Da wurden Skeptiker zu Kranken erklärt: Islamophobie. Wenn Erwachsene Angst haben, Anstoß zu erregen, führt das zu einer Verkümmern des Sprech- und Denkvermögens. Es muss aber auch klar sein: Niemand ist verpflichtet, sich mit anderen unter seinem Niveau auseinanderzusetzen. Ich muss mich wirklich nicht mit den primitivsten Vorurteilen und Hassorgien befassen.

Was erwarten Sie vom EU-Bildungsgipfel 2018?

Liessmann: Es wäre eine schöne Bildungsinitiative, einen Kanon von 20 bis 25 Schlüsselwerken europäischer Literatur von der griechischen Antike bis zu James Joyce zu empfehlen. Diese Bücher waren und sind doch die Grundlage für die kulturelle Identität Europas. Meine Prognose ist, dazu wird es nicht kommen. Es wird wieder nur um Standardisierung gehen, darum wie man Kompetenzen noch präziser evaluieren kann, noch effizienter die Arbeitsmärkte bedienen kann und den Internet-Konzernen im Bildungsbe-
reich noch mehr Spielwiesen verschaffen kann.

Interview: Matthias Röder, dpa

<http://www.news4teachers.de/2017/12/philosoph-liessmann-es-geht-der-schulpolitik-nicht-um-bildung-sondern-nur-noch-um-effizienz/>

News4teachers, 13. Januar 2018

Immer mehr Lehrer psychisch überlastet: Zerrieben zwischen Anspruch und Wirklichkeit

BERLIN. Das deutsche Schulsystem befindet sich derzeit in einem Teufelskreis: Es herrscht akuter Lehrermangel, der durch krankheitsbedingte Ausfälle noch verschlimmert wird – dadurch werden die aktiven Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich belastet, was wiederum zu mehr stressbedingten Krankheitsfällen führt. Verschiedene Studien zeigen, dass der Lehrerberuf seit langem zu den Spitzenreitern zählt, wenn es um psychische und psychosomatische Leiden geht – und eine Besserung der Verhältnisse ist nicht in Sicht. Ein betroffener Lehrer erzählt, wie ihn vor allem der Stress mit Eltern und Schulleitung krank gemacht hat.

Weiterlesen:

<http://www.news4teachers.de/2018/01/immer-mehr-lehrer-psychisch-ueberlastet-zerrieben-zwischen-anspruch-und-wirklichkeit/>

Das Geschäft mit der Bildung

Orchestrierte Attacke auf Amerikas Schulen

In vielen US-Gliedstaaten darben die öffentlichen Schulen – mächtige Kreise streben nach Privatisierung. Eine Reportage.

- In den Vereinigten Staaten sind die öffentlichen Schulen in vielen Gliedstaaten unterfinanziert. Gleichzeitig streben einflussreiche Kreise nach einer Privatisierung.
- Im Südstaat New Mexiko ist die Situation an Volksschulen besonders prekär – punkto Bildungsniveau schneidet der Staat besorgniserregend schlecht ab.
- Trotzdem spart die Regierung weiter. Ein Besuch in der Vista Middle School in Las Cruces zeigt, wie ausgehungert die Schulen sind.

An diesem strahlenden Wintermorgen erhalten die 13-jährigen Grundschüler Erlebnisunterricht. Die Naturwissenschaftlerin Rink Somerday besucht die Biologie-Klasse. Sie arbeitet für das Asombro-Institut, eine gemeinnützige Organisation für Wissenschaftsbildung.

Rink erzählt den Halbwüchsigen eine tierische Kriminalgeschichte. Im Nationalpark von New Mexiko wird ein Wolf vermisst, Blutspuren werden in einem Lieferwagen gefunden. Mittels DNA-Test sollen die Schüler und Schülerinnen herausfinden, ob es sich um Wolfsblut handelt.



Bildlegende: Rink Somerday und Ihre Wildlige Criminal Science Investigation. SRF/Isabelle Jacobi

Josh und Rosita hantieren eifrig mit ihrer Pipette herum, an den hintersten Gruppentischen lässt die Aufmerksamkeit schnell nach. Lehrerin Marci Behrens schreitet ein: «Es wird zu viel geschwätzt. Ihr müsst aufhören und zuhören!»



Bildlegende: Schüler dürfen mit Pipetten hantieren, in New Mexikos Schulen ein kostbares Gut. SRF/Isabelle Jacobi

Geplünderte Klassenzimmer

Wissenschaftliche Experimente möchte eigentlich auch die Bio-Lehrerin Behrens durchführen. Aber der Schule fehle das Geld für die nötige Laboratoriums-Ausrüstung, klagt sie: «Ich hätte wahnsinnig gern Pipetten, wie Rink von Asombro-Institut oder genügend Glasplättchen fürs Mikroskop. Uns fehlen auch die dazu nötigen Chemikalien.»



Bildlegende: Biologie-Lehrerin Marci Behrens steht vor einem fast leeren Chemikalien-Schrank. SRF/Isabelle Jacobi

Das Materialzimmer sieht aus wie geplündert. Dem Skelettmodell fehlen die Arme, die Bücher sind veraltet – Ausschussware, nennt sie die Lehrerin: «Das Versiegen der Mittel geschah nach

und nach, aber seit drei Jahren macht es sich wirklich bemerkbar, dass wir einfach nicht mehr genug haben.»



Bildlegende: Das Materialzimmer der Schule sieht aus wie geplündert. SRF/Isabelle Jacobi

Und von den Eltern sei keine Hilfe zu erwarten. Sie würden sich ums Überleben kümmern, sagt Behrens: «Wie bringen wir Essen auf den Tisch, haben wir ein Dach über dem Kopf? Das letzte, was die Eltern interessiert, ist die Schule.» Nicht bei allen sei das so, aber bei vielen.

«Privatwirtschaftliche Interessen sehen das Schulsystem als lukrativen Markt.»

Edward Tabet-Cubero

Direktor des Zentrums für Recht und Armut in Albuquerque

In New Mexico leben 30 Prozent der Schüler in Armut, 70 Prozent sind Latinos, viele haben eine indigene Herkunft, bestätigt Edward Tabet-Cubero. Er ist Direktor des Zentrums für Recht und Armut in Albuquerque, der Hauptstadt von New Mexico.

Für ihn ist die Bildungskrise in New Mexiko aber vor allem eines: hausgemacht. «Seit 2003 senkt die Regierung von New Mexiko die Steuern für Reiche und Unternehmen – der Haushalt wird geplündert, die Bildung dezimiert.» Regelmässig würde New Mexiko auf dem hintersten Platz in Bildungsstudien landen.



Bildlegende: Das Klassenzimmer – seit 2003 wird den öffentlichen Schulen das Budget zusammengestrichen. SRF/Isabelle Jacobi

Dem wollte Edward Tabet-Cubero 2014 nicht mehr einfach so zuschauen und klagte gegen den Staat New Mexiko. Die Regierung verletze die Verfassung des Gliedstaates, die diesen zu einer angemessenen Bildung für alle verpflichte, argumentiert er. Ein erstinstanzliches Urteil wird im Januar erwartet.

Schulen als Investitionsobjekt

Die öffentlichen Schulen seien aber nicht nur in New Mexiko in der Krise. Es gehe um eine orchestrierte Attacke in den ganzen USA, sagt Tabet-Cubero: «Privatwirtschaftliche Interessen sehen das Schulsystem als lukrativen Markt.» Es gehe letztlich um den Versuch, das öffentliche Schulsystem zu privatisieren, diesen Eckpfeiler der Demokratie.

Ist der Verdacht des Aktivisten Tabet-Cubero berechtigt? Die Bildungsministerin im Weissen Haus, Betsy DeVos, ist jedenfalls eine überzeugte Vertreterin von Privatschulen – und eine schwerreiche Gönnerin.

- [Audio «Bei der Bildung wird gespart» abspielen.](#) 5:03 min

<https://www.srf.ch/news/international/das-geschaeft-mit-der-bildung-orchestrierte-attacke-auf-amerikas-schulen>

brand eins, Ausgabe 09/2017

Die automatisierte Schule

Ein von Milliardären wie Mark Zuckerberg mitfinanziertes Start-up betreibt Hunderte Billig-Privatschulen in Afrika und Asien. Und macht sich damit nicht nur Freunde. Eine Bildungsreise nach Nairobi.



Text: Christoph Gurk
Fotos: Nichole Sobecki

Wenn das die Revolution ist, dann läuft sie sehr geordnet ab. Es ist Mittwochmorgen, kurz nach acht, und in der Bridge International Academy fehlt ein „o“.

Die Schule steht am Rande des Mukuru-Slums, einem der größten Armenviertel in Kenias Hauptstadt Nairobi. Tausende Wellblechhütten, ölige Pfützen und verschlammte Wege. Etwa 700 000 Menschen leben hier, darunter die meisten der knapp 400 Schüler der Bridge International Academy.

Dort hat John Inzomberi „withut“ an die Tafel in der sechsten Klasse geschrieben. Inzomberi ist der Klassenlehrer, gerade hat die Englischstunde begonnen, er will wissen, wie man das englische Wort „withut“ richtig schreibt. Ein Schüler schnell auf. „w-i-t-h-o-u-t“, buchstabiert er, mit „o“. „Korrekt“, sagt Inzomberi, „und jetzt: Hefte raus!“

Normaler, könnte man meinen, kann Unterricht nicht sein. Doch es gibt Leute, die glauben, das hier sei die Zukunft der Bildung. Und es gibt andere, die glauben, das hier sei ihr Untergang. Denn die Schule im Mukuru-Slum gehört zum größten Anbieter von billigen Privatschulen in Afrika.

Die Bridge International Academies bieten Bildung für wenig Geld an, mit dem Ziel, damit Profit zu machen. Umgerechnet zwischen fünf und sieben Euro pro Kind kostet ein Platz in der Schule im Monat, etwas weniger als ein Zehntel des durchschnittlichen Monatslohnes in Kenia und mehr, als die meisten Menschen in Mukuru in drei Tagen verdienen.

In acht Jahren will Bridge profitabel sein, irgendwann einmal sogar ein globaler Bildungskonzern. Voraussetzung ist schnelles Wachstum. Schon jetzt betreibt die Firma allein in Mukuru sieben weitere Schulen, dazu zwei Dutzend in anderen Armenvierteln in und um Nairobi. Mindestens ebenso viele Schulen gibt es außerdem in Mombasa und weitere in kleineren Städten sowie in abgelegenen Regionen.

Nach Angaben des Unternehmens existieren heute 405 Bridge-Schulen in Kenia. Weitere gibt es in Uganda und Nigeria, seit vergangenem Jahr vier in Indien, und in Liberia läuft gerade eine Testphase. Sollte die erfolgreich verlaufen, könnte Bridge die komplette Grundschulbildung des Landes übernehmen. Das Unternehmen begann seine Arbeit vor zehn Jahren, heute lernen mehr als 100 000 Schüler an mehr als 500 Schulen nach dessen Methode.

Das schnelle Wachstum ist nur möglich dank eines School-in-a-box genannten Systems, der Verbreitung vorgefertigter Schulen. Die sehen fast immer so aus wie in Mukuru: ein einstöckiges Gebäude, zusammengezimmert aus rohen Pfosten und grün gestrichenem Wellblech. Es gibt

keine Fenster, nur Maschendraht, und keine Lampen, durch ein Loch in der Decke dringt ein bisschen Licht in die Klassenzimmer.

Bridge spart so Planungs- und Produktionskosten. Das Gleiche gilt für die grünen Schuluniformen: Sie werden billig in großen Stückzahlen produziert. Doch vor allem ist der Unterricht immer gleich, Wort für Wort.

John Inzomberi zum Beispiel sagt gerade: „She went without her book. Schreibt den korrekten Satz in eure Übungshefte.“ Die Worte stammen nicht von ihm. Inzomberi hält zwar den Unterricht in der sechsten Klasse, aber er hat ihn nicht vorbereitet.

Alles, was er sagen und tun soll, steht auf dem Display eines kleinen E-Readers, den er stets in der Hand hält, kaum größer als ein DIN-A5-Blatt. Jeden Morgen loggt Inzomberi sich mit dem Gerät über einen Hotspot in das System von Bridge ein. Dort lädt er sich Skripte herunter. Wenn der Unterricht beginnt, muss er nur noch den Anweisungen folgen. „Ihr habt zwei Minuten Zeit. Fangt jetzt an“, steht zum Beispiel im Skript. Also sagt Inzomberi: „Ihr habt zwei Minuten. Fangt jetzt an.“

So läuft das mit einigen Abweichungen in allen Ländern und Fächern, ob Mathematik oder Swahili. Produziert werden die Skripte größtenteils von Mitarbeitern des Unternehmens in den USA. Sie sitzen in einem Büro in Massachusetts und schreiben Sätze auf, die Hunderte Lehrer später so sagen werden, Tausende Kilometer entfernt.

„Stifte runter. Augen zu mir“, sagt Inzomberi, denn genau so steht es auch auf dem Bildschirm seines E-Readers. Der gibt ihm auch Anweisungen, was er tun soll. „Warte 30 Sekunden. Rufe einen älteren Schüler auf, der aufrecht sitzt.“ „Lass die Schüler applaudieren.“

Die Lehrer werden ferngesteuert

Es ist, als sähe man hier keinem Lehrer zu, sondern einem Schauspieler, als wäre dies keine Englischstunde, sondern ein Theaterstück, das in Hunderten anderen Bridge-Schulen zeitgleich aufgeführt wird.

Das Unternehmen will, dass die Qualität der Lehre immer gleich ist, unabhängig von der Qualifikation des Lehrers. Es hat den Unterricht standardisiert und automatisiert, nur dass in den Schulen keine Roboter arbeiten, sondern High-School-Absolventen aus den umliegenden Slums oder Dörfern. Bridge gibt ihnen einen fünf- bis siebenwöchigen Kurs, einen E-Reader und ein Gehalt, das zwar Verhandlungssache ist, aber weit unter den rund 200 Euro liegt, die ein ausgebildeter Lehrer mit Universitätsabschluss in Kenia durchschnittlich verdient. So spart die Firma Geld und kann Unterricht für 5 bis 7 Euro im Monat anbieten. Nur halten ihn keine Lehr-, sondern Vorleskräfte.

Die Idee stammt von einem amerikanischen Ehepaar: Shannon May und Jay Kimmelman. May hat in Harvard und Berkeley Anthropologie studiert. Bei einem Forschungsaufenthalt in China begann sie, in einer Dorfschule Englisch zu unterrichten. Sie merkte, dass die anderen Lehrer meist unmotiviert waren und schlecht ausgebildet. Und da sie niemand kontrollierte, kamen sie oft nicht einmal zum Unterricht.

Das ist ein weltweites Problem. Studien haben gezeigt, dass in vielen Ländern Afrikas und Asiens bis zu 50 Prozent der Lehrer nicht in ihren Klassen erscheinen, oft unentschuldigt.

Wo der Staat versagt und nicht für Bildungsangebote sorgt, sind vielerorts Privatschulen entstanden. Sie kosten nur ein paar Dollar im Monat und werden oft von Glaubensgemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen oder den Slum- oder Dorfbewohnern selbst betrieben. In manchen Armenvierteln besuchen mehr Kinder solche Billig-Privatschulen als staatliche Einrichtungen.

Der Unterricht findet häufig in Hinterhöfen oder Hütten statt, in Klassen mit bis zu hundert Schülern. Trotz Schulgebühren ist der Unterricht oft mangelhaft, und auch an Privatschulen sind die Lehrer oft nicht anwesend.

Obwohl Menschen in armen Ländern bereit sind, für Bildung zu zahlen, ist das Angebot schlecht. Shannon May erkannte darin eine Marktlücke. Zur Seite stand ihr der Unternehmer Jay Kimmelman, der im Silicon Valley Millionen mit einer Software zur Erfassung von Prüfungsergebnissen verdient hatte. Die beiden waren schon ein Paar, als sie begannen zusammenzuarbeiten. Ihre Flitterwochen verbrachten sie in Afrika und befragten dort Schulleiter, Lehrer und Eltern zu ihren Erwartungen an Bildung.

Dann zogen May und Kimmelman nach Nairobi, suchten nach geeigneten Standorten, sprachen mit Dorfältesten und Viertel-Vorstehern. 2009 eröffneten sie die erste Bridge-Schule, genau hier, im Mukuru-Slum.

Mittlerweile ist es kurz nach neun, gerade ist der Swahili-Unterricht in der fünften Klasse zu Ende gegangen, kurze Pause, gleich geht die nächste Stunde los. Grace ist elf Jahre alt, sie trägt ein grünes Kleid, die Haare sind zu einem Kranz geflochten. Ihr Vater arbeitet in einer Düngerefabrik, ihre Mutter verkauft gebrauchte Kleidung. Grace und ihre beiden Geschwister besuchen seit zwei Jahren die Bridge-Schule. „Davor war ich auf einer anderen Privatschule“, sagt Grace. „Morgens hat uns der Lehrer Aufgaben gegeben. Danach ist er weggegangen. Wir waren dann allein. Wir haben gespielt, aber wir haben nichts gelernt.“ Nun sei alles viel besser: „Man kann die Lehrer immer etwas fragen. Und sie sind immer da.“

Tatsächlich ist die Anwesenheit des Personals einer der Hauptgründe für den Erfolg von Bridge. Weil sich die Lehrer mit ihren E-Readern einloggen müssen, kann das Unternehmen genau sehen, ob und wann jemand fehlt. Ist jemand krank oder verhindert, gibt es Vertretungslehrer. Und die Schulleiter sollen jeden Tag kontrollieren, ob die Lehrer auch wirklich unterrichten und den Skripten folgen.

Jede Note der Schüler wird von den Lehrern in das System eingegeben. Eltern können so jederzeit die Leistung ihrer Kinder kontrollieren, außerdem gibt es Gespräche mit den Lehrern, bei denen Ziele für die Schüler festgelegt werden, ganz so, als wären sie Angestellte in einem Unternehmen. Bridge wirbt mit Lernerfolgen, die über denen von staatlichen Schulen liegen sollen. Neben einer Vorschule bietet das Unternehmen die komplette Grundschulausbildung an, die in Kenia insgesamt acht Jahre dauert.

„Die Lehrer hier unterrichten ganz anders als an den anderen Schulen“, sagt Michira Nyanaro. Sein Sohn und seine Tochter, sechs und vier Jahre alt, gehen auf die Bridge-Schule. „Mein Sohn kann Englisch, und er kann lesen und schreiben. Das ist viel mehr, als die Kinder können, die auf andere Schulen gehen.“ Nyanaro betreibt einen Kiosk in Mukuru, zehn Minuten zu Fuß von der Schule entfernt, er verkauft Seife und Reis, jeden Tag, von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang. „Es ist nicht leicht, das Geld für die Schule aufzutreiben“, sagt er. „Manchmal muss ich den Direktor um Aufschub bitten, weil ich gerade kein Geld habe, um die Schule zu bezahlen.“

„Wir wissen, dass es für viele Eltern nicht einfach ist, die Schulgebühren zusammenzubekommen“, sagt Andrew White, Leiter von Bridge International Academies in Ostafrika. „Aber ihre Kinder bekommen dadurch eine Chance auf eine bessere Zukunft.“ White hat lange in Uganda gelebt und dort an Bildungsprojekten gearbeitet, doch die Ergebnisse, sagt er, seien so schlecht gewesen, dass er irgendwann die Hoffnung verloren habe. Als Bridge einen Leiter ihrer Schulen in Uganda suchte, sei er skeptisch gewesen. „Dann habe ich mir hier in Kenia eine Schule angesehen und war beeindruckt. Alles still, keine Schüler auf dem Schulhof, die Lehrer waren tatsächlich in ihren Klassen und hielten Unterricht.“

2014 fing White bei Bridge an, heute arbeitet er am Hauptsitz der Firma in einem schmucklosen Bürogebäude mit flackernden Neonröhren und bröckelndem Putz in einem Gewerbegebiet Nairobis. Investoren scheint das nicht abzuschrecken: Allein 2015 sammelte das Unternehmen laut »Wall Street Journal« 100 Millionen Dollar ein. Bill Gates gab Geld, Mark Zuckerberg und Pierre Omidyar, der Gründer von Ebay.

Dass das Konzept im Silicon Valley so gut ankommt, ist kein Zufall. Das US-amerikanische Bildungssystem wird gerade durch sogenannte Charter Schools verändert; sie bekommen ihr Geld

von Gemeinden, sind aber unabhängig. Der ehemalige Präsident Barack Obama förderte diese Privatschulen, weil sie Erfolge in Problemvierteln erzielten. Betsy DeVos, Bildungsministerin im Kabinett von Donald Trump, setzt diesen Kurs fort, weil sie für weniger Staat im Schulsystem ist.

Außerdem nimmt im Zeitalter von Onlinekursen und Video-Tutorials der Glaube an den Nutzen von klassischem Unterricht ab. Und etliche wohlhabende Kalifornier, die gesehen haben, wie Computerfirmen und Internetriesen die Welt veränderten, wollen sie nun mit den gleichen Methoden verbessern. Solche Venture Philanthropists spenden ihr Geld nicht mehr nur an gemeinnützige Organisationen, sie investieren es auch in Start-ups, die neben Gewinn einen sozialen Nutzen versprechen.

Bleibt die Frage: Für wen lohnt sich das System?

„Es heißt immer, dass man entweder Gutes tun oder Gewinn machen kann“, sagt White. „Aber wieso sollte man nicht beides zusammen machen können? Es gibt keine Beweise, dass das nicht funktioniert.“

Die Kritiker des Konzepts glauben nicht an solch hehre Ziele. Wissenschaftler, Politiker und Gewerkschafter halten Bridge die „McDonaldisierung“ der Bildung vor und Geldmacherei auf Kosten der Ärmsten. White kontert mit dem Hinweis, dass es sich momentan um ein Verlustgeschäft handle. Recherchen der »New York Times« ergaben, dass die Firma bis zu eine Million Dollar im Monat verbrennt, weil sie nicht schnell genug wächst.

Letztlich, so White, gehe es darum, profitabel zu sein, aber nicht um jeden Preis. Eltern, die nicht zahlen könnten, bekämen darum Aufschub und mittellose Schüler Stipendien. Ob das immer stimmt, ist schwer zu sagen. Es gibt Berichte von Eltern, die ihre Kinder aus dem Unterricht nehmen mussten, weil sie die Schulgebühren nicht aufbringen konnten. Spricht man mit Eltern in Mukuru, berichten sie aber von einem guten Verhältnis zum Unternehmen. „Am Ende geht es bei der Kritik vor allem darum, dass die Menschen Angst vor etwas Neuem haben“, sagt Andrew White.

Wilson Sossion wirkt nicht wie jemand, der Angst hat. „Ich lasse mir den Mund nicht verbieten“, sagt er. Sossion ist der Vorsitzende der Kenya National Union of Teachers, kurz Knut, mit Sitz im Zentrum Nairobis. Er verspätet sich um eine halbe Stunde, der Verkehr, sagt er, Sie wissen schon. Und dann legt er sofort los: „Bridge ist illegal im Land, die Schulen sind nicht registriert, und die Lehrer sind nicht ausgebildet. All das verstößt gegen Gesetze.“

Der Gewerkschafts-Chef hat in den vergangenen Jahren den Kampf gegen Bridge angeführt. Er hat sich dazu mit Education International vernetzt, dem weltweiten Dachverband der Lehrergewerkschaften, in ein paar Wochen fliegt er nach Berlin, um vor den Folgen von Billig-Privatschulen zu warnen. „Bridge baut hier Hunderte Schulen auf und verdrängt damit unsere staatlichen Einrichtungen“, sagt er. „Aber das ist ein Unternehmen, das auch pleitegehen kann. Was tun wir dann? Wer unterrichtet dann unsere Kinder?“

Sossion hat das Recht auf seiner Seite. Denn Bridge dürfte laut kenianischen Gesetzen nur noch in Ausnahmefällen Lehrkräfte ohne Qualifikation einstellen. Und auch der Lehrplan ist von der zuständigen Kommission nicht vollständig genehmigt worden – was allerdings auch daran liegt, dass Knut-Vertreter dort ebenfalls stimmberechtigt sind und die Genehmigung blockiert haben.

Anfang Februar 2017 ordnete ein kenianisches Gericht an, mehrere Bridge-Schulen wegen der schlechten Unterrichtsbedingungen zu schließen. Das Unternehmen legte Einspruch ein, bis heute arbeiten die Schulen weiter. Ähnliches geschah in Uganda, ebenfalls auf Druck einer Lehrergewerkschaft und mit der Begründung, dass Bridge sanitären und rechtlichen Standards nicht genügen würde. Doch letztendlich darf die Firma auch dort weiter unterrichten.

Griffe die Justiz in Kenia und Uganda konsequent durch, müsste nicht nur Bridge seinen Unterricht einstellen, sondern auch ein Großteil der kleinen Privatschulen. Hunderttausende Schüler würden dann in die staatlichen Schulen drängen oder aber keine Ausbildung bekommen.

Sossion geht es vor allem um die Lehrer, die um ihre Jobs fürchten. Wie schnell neue, digitale Geschäftsmodelle die Gesellschaft verändern, lässt sich in Kenia an jeder Straßenecke beobachten: Man kann fast überall mit dem Mobiltelefon zahlen, dank M-Pesa, einem System, für das kein Konto nötig ist und das Banken Konkurrenz macht. Und wer keine Lust hat, in einem überfüllten Sammeltaxi zu fahren, nutzt den Fahrdienst Uber. Auch in Kenia kämpften Taxifahrer gegen dessen Einführung. Ohne Erfolg. Nun wehren sich die Lehrer gegen ein amerikanisches Unternehmen.

Knut hat gemeinsam mit Education International einen Report über Bridge in Kenia veröffentlicht, der unter anderem zu dem Ergebnis kommt, dass die Schulen durch versteckte Kosten teurer sind, als Bridge öffentlich behauptet. Das Unternehmen reagierte mit einer kompletten Aufschlüsselung seiner Einnahmen. Und verbot Sossion kurz darauf durch einen richterlichen Beschluss, öffentlich über die Firma zu sprechen. Der aber sagt: „Die Verfassung garantiert das Recht auf Meinungsfreiheit, und daran kann auch ein betrügerisches Unternehmen wie Bridge nichts ändern.“ Ohnehin sei die Moral auf seiner Seite. Bridge stehe für roboterartiges Lernen: „Man kann Lehrer nicht einfach durch Laien mit Tablets in der Hand ersetzen. Denn es geht im Unterricht nicht nur um Wissensvermittlung, es geht auch um Charakterbildung.“

Selbstständiges Denken, Urteilsfähigkeit, Kreativität: All das lässt sich mit dem Bridge-System nur schwerlich vermitteln – und ein per Tablet ferngesteuerter Lehrer ist diesbezüglich kein gutes Vorbild. „Der Erfolg von Unterricht hängt von Kommunikation ab“, sagt Annette Scheunpflug, Pädagogik-Professorin an der Universität Bamberg. „Ein Lehrer weiß etwas, das ein Schüler lernen soll. Dafür reicht es aber nicht, den Stoff einfach vorzulesen. Die Schüler müssen sich aktiv beteiligen. Letztendlich bietet Bridge also nicht das, was es seinen Kunden verspricht, nämlich guten Unterricht zu einem geringen Preis.“ Scheunpflug erforscht seit Jahren Billig-Privatschulen in Entwicklungsländern. Bildung und Profit schließen sich ihrer Ansicht nach nicht aus – wenn die Mehrkosten zu mehr Chancen führen. Doch diese Rechnung gehe bei Bridge nicht auf: „Eltern, die ihre Kinder auf eine Bridge-Schule schicken, bekommen am Ende wahrscheinlich nicht das zurück, was sie investiert haben.“

Denn Bridge unterrichtet nur bis zum Ende der Grundschule in der achten Klasse. Danach folgt in Kenia eine vierjährige weiterführende, meist auch gebührenpflichtige Schule. Und wer danach nicht einen der wenigen Plätze an einer staatlichen Universität bekommt, muss auch für sein Studium zahlen, um später die Chance auf einen gut bezahlten Job zu haben. Die Leute aus dem Mukuru-Slum können sich das meist nicht leisten.

Dem Zulauf von Bridge tut das bislang keinen Abbruch, weil die staatlichen Schulen in Kenia so schlecht sind. Im Jahr 2013 stellte die Weltbank in einer Studie fest, dass fast die Hälfte der Lehrer nicht anwesend war. Im Jahr 2014 eröffnete Bridge im Schnitt alle zweieinhalb Tage eine neue Schule.

Zehn Millionen Schüler in zwölf Ländern: Das ist das Ziel, das Bridge sich für das Jahr 2025 gesteckt hat. Eine Expansion nach Europa sei derzeit nicht geplant, sagt White. „Die Probleme in Afrika und Asien sind zu groß, als dass wir uns noch um andere Länder kümmern könnten.“

An der Bridge International Academy am Rande von Mukuru ist jetzt die erste große Pause. Kinder rennen über den kargen Schulhof aus Stein und Lehm. Fragt man die Schüler, was sie später einmal werden wollen, antworten sie: „Anwalt.“ „Pilot.“ „Krankenschwester.“ Nur eines will offenbar niemand werden: Lehrer. ---

https://www.brandeins.de/archiv/2017/lernen/die-automatisierte-schule/?utm_source=emarsys&utm_medium=email&utm_campaign=TA18EDIT_DerMorgen_05012018&sc_src=email_1786053